

Dieser Artikel ist in der Ausgabe erschienen: Nr. 19/18 | Freitag, 11. Mai 2018

Südtirol

Her mit dem Geld!

Arbeit – Der Ruf nach höheren Löhnen in Südtirol ist rund um den 1. Mai erneut laut geworden. Dass sie wünschenswert wären, streitet niemand ab. Aber wie lassen sich die Löhne konkret erhöhen, ohne nur bei wohlklingenden Sonntagsreden zu verharren? Befriedigende Antworten hat niemand.



Bozen – Die Lohndiskussion ist zurück! Nach einigen Monaten Pause haben arbeitnehmersnahe Organisationen sie anlässlich des „Tages der Arbeit“ wieder aufs Tapet gebracht. Es ist ein existenzielles Thema, das gefühlt ist, weit mehr als der Wolf und der Doppelpass. Denn dass sie „genug“ verdienen, das sagen nur ganz wenige Südtiroler von sich. Entweder passt der Lohn nicht zu den hohen Lebenshaltungskosten im Lande (das ist bedenklich!), oder er passt zumindest nicht zu den hohen Ansprüchen in unserer Konsumgesellschaft (das ist beunruhigend!).

Wie auch immer, Gewerkschaften und Sozialverbände fordern von Südtirols Arbeitgebern höhere Löhne. Wenn schon ständig von der guten Konjunkturlage und von Wirtschaftswachstum geredet werde, dann müsse der Aufschwung endlich auch bei den Arbeitnehmern ankommen – das tue er aber nicht! So lautete der allgemeine Tenor. Und: Das Lohnniveau entspricht in Südtirol einfach nicht den vergleichsweise hohen Lebenshaltungskosten, zumindest nicht bei den allermeisten Südtirolern.

Die Diskussion ist nicht neu. Anfang 2017 thematisierte sie das Arbeitsförderungsinstitut Afi und forderte territoriale und betriebliche Zusatzabkommen zu den gesamtstaatlichen Kollektivverträgen. Im Dezember dann schlug SVP-Arbeitnehmerchef Helmuth Renzler vor, das Land möge Druck ausüben und den begünstigten Irap-Satz von 2,68 Prozent nur mehr jenen Unternehmen zugestehen, welche übertarifliche Löhne zahlen – ein Vorschlag, der immer noch herumschwirrt.

Sind die Arbeitgeber knauserig und müssen sie zu Lohnerhöhungen gezwungen werden, weil sie sie nicht gewähren, obwohl sie durchaus könnten? Darüber diskutierten in der SWZ-Redaktion auch Afi-Direktor Stefan Perini und UVS-Präsident Federico Giudiceandrea („Das stimmt einfach nicht!“, SWZ 1/18, nachzulesen auf SWZonline und über die SWZapp).

Nun also ist das Thema wieder da. Landespolitiker verschiedener Parteien fühlten sich in den vergangenen Tagen bemüßigt, in den Chor einzustimmen und von den Arbeitgebern höhere Löhne zu fordern – die nahenden Landtagswahlen lassen grüßen. Die freiheitlichen Landtagsabgeordneten Walter Blaas und Tamara Oberhofer meinten, dass „mehr autonome Kompetenzen in Fragen der Kollektivverträge“ ein probates Mittel wären, um die Löhne steigen zu lassen. SVP-Arbeitnehmerchef Helmuth Renzler forderte 150 Euro netto mehr pro Monat für alle – ein Vorschlag, den er der SWZ gegenüber als „bewusst provokativ“ bezeichnet, dessen Banalisierung aber selbst bei vielen Gewerkschaftern schlecht angekommen ist.

Auch Landeshauptmann Arno Kompatscher twitterte zum Thema: „Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es noch nicht automatisch allen gut. Wir haben das Ziel der Vollbeschäftigung erreicht, aber jetzt müssen noch die Reallöhne deutlicher steigen.“

Den Tweet kann wohl jeder unterschreiben. Die Frage nach dem Wie ist hingegen viel schwieriger zu beantworten. „Es ist leichter gesagt als getan“, räumt Werner Steiner ein, der Landesvorsitzende des Katholischen Verbandes der Werkstätigen (KVV). Auch er hatte bei der 70-Jahr-Feier seines Verbandes bemängelt, dass der Aufschwung nicht bei den Arbeitnehmern ankommt.

Zu mehr Ehrlichkeit in der Lohndebatte rief der freiheitliche Landtagsabgeordnete Roland Tinkhauser auf, und seine Presseaussendung klang stark nach Seitenhieb auf seine Politikerkollegen (und Parteikollegen?): „Die Höhe der Löhne in der Privatwirtschaft wird nicht von der Politik oder von Politikern im Wahlkampfmodus bestimmt werden, sie unterliegen ganz einfach der Marktlogik von Angebot und Nachfrage.“ Der beste Garant für höhere Löhne sei „ein solides Fundament unserer Betriebe samt entsprechenden Rahmenbedingungen“. Die Arbeitgeber jedenfalls wehren sich dagegen, den Schwarzen Peter zugeschoben zu bekommen. „In den meisten Branchen wird übertariflich gezahlt. In einem Vollbeschäftigungsland wie Südtirol, in dem es einen Wettbewerb um die Mitarbeiter gibt, geht es gar nicht anders“, sagt Leo Tiefenthaler, der Präsident des Wirtschaftsringes swr-ea. Im Übrigen komme der Aufschwung sehr wohl bei den Arbeitnehmern an. Das Landesinstitut Astat hat erhoben, dass die Entlohnungen für Vollzeitkräfte in der Privatwirtschaft zwischen 2014 und 2015 um 1,2 Prozent gestiegen sind, und zwar inflationsbereinigt. Ob sich der Trend 2016 und 2017 fortgesetzt hat, ist unbekannt, aber angesichts des Ringens um Arbeitskräfte – um qualifizierte genauso wie unqualifizierte – zu vermuten.

Tony Tschenett, der Vorsitzende des Autonomen Südtiroler Gewerkschaftsbundes ASGB, stellt die Situation ganz anders dar. Übertarifliche Bezahlung? „Die große Masse der Südtiroler Arbeitnehmer wird nach Tariflohn der gesamtstaatlichen Kollektivverträge bezahlt. Das lässt sich an den Steuererklärungen ablesen.“ In den größeren Unternehmen werde dank Betriebsabkommen überdurchschnittlich entlohnt, „bei den kleinen aber haben wir Schwierigkeiten“, so Tschenett. Das gelte für Handel, Tourismus und Handwerk gleichermaßen. Selbstverständlich werde eine gute Führungs- oder Fachkraft übertariflich entlohnt. „Aber die untere und zum Teil auch die mittlere Schicht kriegt den Tariflohn“, so Tschenett. Aussage steht gegen Aussage.

Helmuth Renzler stellt fest, dass 50 Prozent der Antragsteller um Wohnbauförderung der untersten Einkommenskategorie angehören – das sei bezeichnend für das Lohnniveau. Freilich lässt sich dagegenhalten, wie es dann möglich ist, dass so viele Südtiroler einen so hohen Lebensstandard pflegen. Wird das Einkommen bewusst „gesteuert“, um eine möglichst hohe Wohnbauförderung kassieren zu können? Möglichkeiten gibt es durchaus. Und welche Rolle spielen „schwarze“ Lohnergänzungen?

KVV-Landesvorsitzender Werner Steiner stellt besorgt fest, wie viele Südtiroler um Sozialhilfe ansuchen: „Bei einem Wirtschaftsaufschwung müsste die Nachfrage nach Sozialleistungen eigentlich zurückgehen, sonst läuft etwas falsch“, sagt er.

Tschenett, Renzler und Steiner hüten sich davor, den Arbeitgebern pauschal Pfennigfucherei bei den Löhnen vorzuwerfen. Trotzdem sind sie der Meinung, dass in sehr vielen – vor allem kleinen – Betrieben mehr gehen müsste. Renzler: „Ausgerechnet die Unternehmen, die übertarifliche Löhne zahlen, stehen am besten da. Ich glaube also nicht, dass die Betriebe ihre Konkurrenzfähigkeit verlieren, wenn sie die Löhne erhöhen.“ Der SVP-Arbeitnehmerchef zeigt ausdrücklich mit dem Finger auf den Tourismus: „Wenn man die Kapazitäten erhöht

und dann nicht bereit ist, Arbeit so zu entlohnen und zu gestalten, dass sich Einheimische dafür finden, dann muss das zu denken geben.“ Renzler stellt die Frage in den Raum, ob die Hoteliers vielleicht zu viel in die Hardware investieren und zu wenig in die Software, sprich in die Mitarbeiter. „Muss in einem Hotel wirklich alle paar Jahre alles neu gemacht werden?“, fragt er.

Hoteliers – aber auch die Arbeitgeber anderer Sektoren – betonen hingegen, dass Investitionen notwendig sind, um wettbewerbsfähig bleiben zu können. Auch betonen sie, dass sie einem Preiswettbewerb unterworfen sind, der sich mit Betriebsabkommen und Lohnerhöhungen nicht so einfach ausknipsen lasse (siehe eigenen Bericht auf Seite 3). Und dann seien da noch die hohen Lohnkosten. Sie betragen über den Daumen gepeilt das Doppelte des Nettolohnes. Und sie sind höher als etwa in Österreich oder Deutschland (siehe SWZ 27/17 vom 7. Juli 2017, nachzulesen auf SWZonline und über die SWZapp).

Helmuth Renzler kann solcherlei Klagen nichts abgewinnen: „Es gibt den Spruch: Solange ein Selbstständiger jammert, geht es ihm gut.“ Tony Tschenett zeigt sich da schon verständnisvoller: „Mir ist durchaus bewusst, dass die Arbeitskosten hoch sind.“ Tschenett fügt aber hinzu, dass es inakzeptabel sei, wenn Menschen für 40 Stunden Arbeit einen Nettomonatslohn von 900 oder 1.000 Euro erhalten. „Die gibt es auch bei uns“, so Tschenett. Helmuth Renzler sagt dazu: „Wenn wir den sozialen Frieden im Lande auf Dauer erhalten wollen, muss gewährleistet werden, dass man mit dem Lohn für einen Vollzeitjob über die Runden kommt.“ Und deswegen lautet sein Vorschlag, die Landesregierung möge die Wertschöpfungssteuer Irap als Druckmittel einsetzen. Wenn Südtirol schon den günstigsten Irap-Satz Italiens habe, dann sei es das Mindeste, dass ein Teil der Steuerersparnis an die Mitarbeiter weitergereicht werde.

Landeshauptmann Arno Kompatscher möchte hingegen nicht mit Steuerdruck arbeiten, sondern ganz im Gegenteil mit Steuerzuckerlen: „Aktuell diskutieren wir Steuererleichterungen für Unternehmen, die ihre Mitarbeiter außerordentlich gut bezahlen.“

Genauso wie der Großteil der Arbeitnehmer der Meinung ist, dass mehr Lohn angemessen wäre, ist der Großteil der Arbeitgeber der Meinung, angemessen zu entlohnen. Immer wieder ist am Rande von Veranstaltungen der Wirtschaftsverbände zu hören, dass überdurchschnittlich wertvolle Mitarbeiter auch überdurchschnittlich entlohnt werden, um sie zu halten. Wem aber die Freizeit wichtiger sei, wer es lieber etwas bequemer habe – und laut Arbeitgebern ist diese (legitime) Einstellung bei der im Wohlstand aufgewachsenen jüngeren Generation mittlerweile häufiger anzutreffen –, dürfe sich nicht über den eigenen Lohn wundern.

Profitgier wollen sich die Arbeitgeber jedenfalls nicht vorwerfen lassen. Tiefenthaler: „Ich höre Unternehmer oft sagen, dass sie in den schwierigen Jahren die Zähne zusammengebissen und zu ihren Mitarbeitern gehalten haben.“

Die Ansichten gehen auseinander. Da hilft wohl nur eines: „Wir müssen uns alle zusammensetzen und das Thema diskutieren. Vielleicht finden wir gemeinsam einen gangbaren Weg“, sagt Tony Tschenett.

Landeshauptmann Kompatscher hat ebenfalls ein Sozialpartnertreffen angekündigt.

Christian Pfeifer
christian@swz.it